

Zukunft – nur mit uns!

Beteiligung von Jugendlichen in der Kommune



Der Autor Jens Voll war 10 Jahre als Bildungsreferent des Bund Deutscher PfadfinderInnen verantwortlich für die mobile (Kultur-)Arbeit und die Partizipationsprojekte für Kinder und Jugendliche. Er studierte Pädagogik, Politikwissenschaften und Geografie an der Universität Mainz. Seit April ist er als freiberuflicher Pädagoge tätig.

Aktuell ist Roland Grammes beim Bund Deutscher PfadfinderInnen zuständig für Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung. Er hat bereits seit mehreren Jahren Modelle der Beteiligung mitentwickelt und im Bereich der mobilen Arbeit des BDP verantwortlich umgesetzt.

Herausgegeben vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
des Landes Rheinland-Pfalz – Leitstelle Partizipation
Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Gestaltung: Jutta Nelißen, Bingen
Druck: Team Druck, Langenlonsheim
Mainz, 2008

	02
Impressum	
	03
Inhalt	
	04
Grußwort Ministerin Ahnen	
	05
Vorwort des Autors	
	07
	1. Jugendliche schließen einen Vertrag über Vorhaben und Projekte mit der Gemeinde. Das Beteiligungsprojekt Zukunft – nur mit uns!
	09
	2. Ein Vertrag für die Zukunft Das Verfahren von Zukunft – nur mit uns!
	14
	3. Kommunale Projektergebnisse – gelungene Umsetzungsbeispiele
	18
	4. Checkliste Anregungen für gelingende Jugendbeteiligungsprojekte mit Zukunft – nur mit uns!
	22
Empfehlungen zum Weiterlesen	
	23
Kontaktadressen	





Es ist mittlerweile unbestritten, dass Kinder und Jugendliche als Trägerinnen und Träger eigener Rechte anerkannt und als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst zu nehmen sind. Sie haben ein Recht auf Mitgestaltung und Mitbestimmung, gerade dort, wo es um die Entwicklung von Städten und Gemeinden geht, die ihre Lebenswelt darstellen. Es ist daher eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe und Herausforderung, kreative Formen zu finden, junge Menschen nachhaltig an der Stadt- bzw. Dorfentwicklung zu beteiligen.

Das vom Bund Deutscher PfadfinderInnen (BDP) entwickelte Projekt **Zukunft – nur mit uns! Beteiligung von Jugendlichen in der Kommune** verfolgt das Ziel der umsetzungsorientierten Beteiligung und vermittelt gleichzeitig auch Grundlagen in Kommunalpolitik und in direkter Demokratieausübung.

Das Projekt richtet sich an Jugendliche ab 13 Jahren und bietet ihnen die Möglichkeit, ihre Ideen und Interessen an kommunalpolitisch Verantwortliche weiterzugeben und mit ihnen zu diskutieren. Ziel ist es, in einem gemeinsamen Verhandlungsprozess wichtige und realistische Projekte und Vorhaben herauszukristallisieren, die dann in einem Vertrag zwischen den Jugendlichen und den kommunalpolitisch Verantwortlichen mit Blick auf ihre anschließende Realisierung festgehalten werden.

Das Projekt wurde bereits in verschiedenen Gemeinden in den Landkreisen Bad Kreuznach und Mainz-Bingen durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen.

Die Umsetzung der Projekte erfolgt immer in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und durch fachliche und finanzielle Unterstützung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur.

Um dieses Projekt und die positiven Erfahrungen in Rheinland-Pfalz weiter bekannt zu machen, hat der BDP gemeinsam mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur diese Broschüre entwickelt, die das Verfahren **Zukunft – nur mit uns! Beteiligung von Jugendlichen in der Kommune** darstellt und praktische Tipps für die Durchführung beinhaltet.

So können alle Städte und Gemeinden und vor allem die Jugendlichen von den Erfahrungen profitieren, sie können ihre eigenen Verträge mit ihren Städten und Gemeinden auf den Weg bringen und sich so an der Gestaltung ihrer räumlichen und auch sozialen Umgebung beteiligen.

Doris Ahnen



Das BDP-Spielmobil hat heute zehn Jahre Projekterfahrung in der Beteiligung von Kindern in der Kommune. Die Durchführung des erfolgreichen Verfahrens **Zukunfts(t)räume**, das sich an Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren wendet und in über 65 Gemeinden in Rheinland-Pfalz durchgeführt wurde, ist ein Beleg hierfür.

„Macht doch mal was für uns“ war daher oft von Jugendlichen in verschiedenen Gemeinden zu hören. Sie wollten auch von den bewährten Verfahren profitieren, um mit Hilfe ihrer Gemeinden Treffpunkte für sich und andere Jugendliche gestalten und Konflikte mit Anwohnern lösen zu können – auf die Zusammenarbeit mit Kindern hatten sie jedoch vielerorts keine Lust.

Mit dem Vorstoß des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) zur Förderung wirksamer Jugendbeteiligung durch das **Projekt P – misch dich ein** wurde auch in Rheinland-Pfalz an einem eigenständigen, den Erfordernissen des Jugendalters angepassten Teilnahmeverfahrens durch den BDP gearbeitet. Ergebnis ist das Verfahren **Zukunft – nur mit uns!**, welches das Prinzip projektorientierter Kinderbeteiligung auf das Jugendalter überträgt und mit spannenden Methoden würzt: Stetige Beteiligung von der Bestandsaufnahme bis zur Realisierung von Vorhaben in enger Abstimmung mit den kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern durch Moderation von pädagogischen Fachkräften.

Die folgende Darstellung des Verfahrens möchte Sie, liebe Leserinnen und Leser, anregen, in ihren Gemeinden und Stadtteilen den Dialog mit Jugendlichen zu suchen, um eigene Verträge zwischen kommunalpolitisch Verantwortlichen und jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohnern über die Zukunft und die Gestaltung der gemeinsamen Lebenswelt abzuschließen. Lassen Sie sich von den Projektbeispielen inspirieren und machen Sie sich auf den Weg. Sie werden sehen, gemeinsame Ziele und gemeinsames Handeln lassen die Generationen Stück für Stück zusammenrücken.

„**Zukunft – nur mit uns!**“ können die Jugendlichen mit Recht für sich reklamieren und in ihren Gemeinden können sie mit diesem Verfahren tatenreiche Unterstützung erfahren.

Ein großes Dankeschön gilt allen Beteiligten und Mitwirkenden: Den Gemeinden, ihren Räten und Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, welche den Mut gefunden haben, neue Wege des Dialogs zu beschreiten; den Jugendlichen und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern, welche sich mit viel Energie für die Sache eingesetzt haben und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im BDP, die sich in vielen Stunden auch abseits der Aktionstage in den Gemeinden um die Projekte und deren Gelingen bemüht haben.

Dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur sei an dieser Stelle für die fachliche und finanzielle Unterstützung gedankt.

Jens Voll



1. Jugendliche schließen einen Vertrag über Vorhaben und Projekte mit der Gemeinde

Das Beteiligungsprojekt Zukunft – nur mit uns!

In vielen Gemeinden und Städten beteiligen sich Jugendliche in Jugendvertretungen und Jugendparlamenten an kommunalpolitischen Fragen und der Gestaltung ihrer Lebenswelt. Diese Formen institutioneller Beteiligung erfordern von Jugendlichen ein hohes Maß an Kommunikationsbereitschaft und eine dauerhafte Mitarbeit in den Gremien. Die Kommunikationsoffensive Jugend des Landes Rheinland-Pfalz¹ hat 2003 erstmalig den Versuch unternommen, Jugendliche durch projektorientierte Verfahren in einen ergebnisorientierten Dialog mit der Kommunalpolitik ihrer Wohnortgemeinde zu bringen. Jugendliche konnten hier punktuell und interessenorientiert an ausgewählten Fragestellungen arbeiten.

Die Entwicklung eines eigenständigen und übertragbaren Verfahrens zur Jugendbeteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen wurde durch die Kampagne zur wirksamen Jugendbeteiligung **Projekt P²** des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR)³ angestoßen. Der BDP entschloss sich mit Unterstützung durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, ein Verfahren zu entwickeln, das Jugendlichen die Möglichkeit gibt, ihre Interessen und Vorstellungen stärker in die Kommunalpolitik einzubringen und gemeinsam mit Erwachsenen umzusetzen. Das Verfahren **Zukunft – nur mit uns!** ist Bestandteil des bundesweiten Förderrahmens **Come in Contract – Verhandeln auf Augenhöhe**.

Vorbild für die Verfahrensstruktur und die kommunalpolitischen Zugänge war die erfolgreiche Arbeit mit dem Kinderbeteiligungsverfahren **Zukunfts(t)räume**, das seit 1997 durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert wird.

Jugendliche ab 13 Jahren sollen die Chance haben, Veränderungsvorschläge zu entwickeln, zu diskutieren und mit der Gemeinde oder Stadt einen Vertrag über die spätere Umsetzung von Vorhaben und Projekten auszuhandeln, um ihre öffentlichen (Frei-) Räume und Gestaltungsmöglichkeiten in ihren Wohnortgemeinden zu erweitern.

Dort, wo das Aktions- und Medienmobil des BDP mit dem Beteiligungsprojekt Station macht, werden Fragen der Jugendlichen besprochen:

- Welche Freizeitmöglichkeiten haben wir?
- Wie sehen unsere Treffpunkte aus?
- Welche Verkehrsverbindungen wollen wir nutzen?
- Gibt es ansprechende Veranstaltungen für uns?
- Was können wir zur Verbesserung unserer Situation in der Gemeinde/Stadt beitragen?
- Wofür benötigen wir die Unterstützung der Gemeinde?

Zukunft – nur mit uns! ist also ein Projekt zum Mitreden, Mitmachen und Mitgestalten für Jugendliche, junge Frauen und Männer. In der Regel verläuft das Projekt in vier Phasen und umfasst eine Bestandsaufnahme, die Bestandsbewertung, das Jugendforum und eine Realisierungsphase. Jede dieser Phasen kann sich über mehrere Nachmittage oder Abende erstrecken, je nach Situation in den Ortsgemeinden und der Interessenslage der Jugendlichen. Insgesamt dauert das Projekt von der Bestandsaufnahme bis zum Abschluss eines Vertrages mit Festlegung der Umsetzungsvorhaben ungefähr zehn bis zwölf Wochen.

[1] vgl. auch www.net-part.rlp.de

[2] Projekt P (Partizipation und Politik) motiviert junge Menschen, sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und fördert Projekte von Kinder- und Jugendgruppen im Bereich der politischen Teilhabe (z.B. Come in Contract).

[3] Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).



Das Verfahren **Zukunft – nur mit uns!** verfolgt das Ziel der umsetzungsorientierten Beteiligung und ist gleichzeitig ein Grundkurs in Kommunalpolitik und in direkter Demokratie. Es gibt denen, die sich im Spannungsfeld zwischen Loslösung aus dem Elternhaus und Suche nach Identität befinden, angemessene Chancen auf Entfaltung und eine Möglichkeit, eigene Belange gleichberechtigt mit der Kommunalpolitik auszuhandeln. Die Eigeninitiative der Jugendlichen wird gestärkt und der ernsthafte, zielorientierte Dialog in Form der Vertragsverhandlungen gibt persönliche und soziale Anerkennung.

Die Kommunalpolitik ihrerseits erfährt die Beteiligungsbereitschaft und das Interesse von Jugendlichen am Leben in den Wohnortgemeinden. Die Motivation der Jugendlichen kommt durch die realisierten Projekte auch anderen Bevölkerungsgruppen zugute. Die Kommunalpolitik eröffnet sich neue Wege, Jugendliche zu erreichen, die den etablierten Strukturen fern sind, und stabilisiert ihre Jugendeinrichtungen durch die Bearbeitung der wiederkehrenden Brüche und Veränderungen. Insgesamt entsteht ein intensiverer Dialog zwischen den Generationen.

Das Verfahren wurde erstmals durchgeführt in den Jahren 2004 bis 2006 in vier Gemeinden der Landkreise Bad Kreuznach und Mainz-Bingen. Die beteiligten Jugendlichen schlossen Verträge mit den Bürgermeistern ihrer Heimatgemeinden und begannen verschiedenste Projekte und Vorhaben umzusetzen. Mittlerweile steht das entwickelte Verfahren allen Gemeinden zur Nachahmung zur Verfügung und wurde bereits mehrfach umgesetzt. Das Kapitel 3 gibt einen Überblick der Ergebnisse.

Zukunft – nur mit uns! ist ein Projekt aus der Region Rhein-Nahe; doch es kann in gleicher Weise überall durchgeführt werden. Entscheidend dabei ist die Offenheit und Ernsthaftigkeit der Kommunalpolitik, Jugendliche als eigenständige Expertinnen und Experten ihrer Umwelt und Interessen anzuerkennen. Das Engagement einer erfahrenen pädagogischen Fachkraft zur Moderation der Gespräche und Leitung des Verfahrens trägt zur Ergebnisorientierung und zum Erfolg der Beteiligungsaktivitäten bei.

Das Verfahren **Zukunft – nur mit uns!** gliedert sich idealerweise in vier Projektphasen. Die Phasen bauen aufeinander auf, laufen aber nicht nach einem starren Muster ab, sondern können nach den örtlichen Gegebenheiten flexibel angepasst und ausgestaltet werden. Nicht alle Jugendlichen aus der Gemeinde oder dem Stadtteil nehmen an dem Projekt teil. Wichtig ist, alle Cliques und Jugendgruppen anzusprechen, um ihnen die Möglichkeit zur Teilnahme einzuräumen. Auch ist damit zu rechnen, dass, je nach Entwicklung des Projektes, nicht alle dabei bleiben oder jedes Treffen mitmachen. Wichtig ist, dass die Treffen Spaß machen und die Verhandlungen erkennbare Ergebnisse produzieren, die mit einem hohen Grad an Verbindlichkeit auch realisierbar sind.

1. Bestandsaufnahme: Der Jugendaktionstag

Dauer: ein langer Nachmittag

Die Bestandsaufnahme dient der Begutachtung der Gemeinde aus der Perspektive der Jugendlichen. Sie äußern Kritik und entwickeln Veränderungsvorschläge, benennen aber auch gelungene Einrichtungen und Freizeitmöglichkeiten. Die Ergebnisse zielen auf die Weiterentwicklung der Gemeinde unter stetiger Beteiligung der Jugendlichen.

Nach der Begrüßung und Einführung am zentralen Treffpunkt mit Musik und Getränken nehmen die Jugendlichen in Kleingruppen an den verschiedenen Programmpunkten teil. Die Kleingruppen können sich bereits durch die verschiedenen anwesenden Cliques gebildet haben oder sie entstehen durch Einteilung vor Ort. Wichtig ist, dass die Gruppen die Möglichkeit haben, Ergebnisse in alltagsnahen Situationen zu produzieren.

Für die Angebotsstruktur des Aktionstages ist es vorteilhaft, verschiedene Programmpunkte parallel anzubieten. So arbeiten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer immer am Thema der Gemeindeanalyse und es entstehen keine ungeplanten Pausen. Während eine Gruppe z.B. am Fotoshooting teilnimmt,

beteiligt sich die zweite am Rollenspiel und die dritte verweilt am Infopoint. Drohen die Gruppen zu groß zu werden, können natürlich einzelne Stationen auch mehrfach angeboten werden. Die Auswahl der hier genannten Methoden wurde in der Modellphase erprobt. Liegen Ihnen andere Methoden näher, sollten Sie darauf achten, dass unterschiedliche Handlungsfelder aus dem Alltag der Jugendlichen und des Beteiligungsverfahrens Berücksichtigung finden.

Die Aufgabe der Jugendlichen besteht beim Fotoshooting in der eigenständigen Dokumentation ihrer Gemeinde mit dem Fotoapparat unter den Gesichtspunkten Treffpunkte, Mobilität, Abendgestaltung und Konflikte. Die Anzahl der Fotos auf dem Rundgang ist unbeschränkt. Mit Abschluss des Rundgangs muss jedoch eine repräsentative Auswahl an Bildern als Prioritätenfindung mit Bildunterschriften versehen werden. Ziel ist es, einen Überblick über die Lebenswelt der Jugendlichen in ihrer Gemeinde zu bekommen, um daraus Ziele und Veränderungsvorschläge abzuleiten.

Das Rollenspiel beruht auf einem Rollenwechsel zwischen Jugendlichen und Ratsmitgliedern: die Jugendlichen übernehmen die Rolle eines imaginären Gemeinderates, zwei bis drei Ratsmitglieder schlüpfen in die Rolle von Jugendlichen. Im Rollenspiel tragen die Jugendlichen nun zwei bis drei Veränderungsvorschläge an den Gemeinderat heran und bitten um eine Stellungnahme. Der Rat berät diese Anregungen nicht-öffentlich und teilt seine Lösungen in einem dritten Schritt den Jugendlichen mit. Ziel der wechselseitigen Rollenübernahme ist die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und die Einsicht in die möglichen Argumente der Gegenseite während der Vertragsverhandlungen.

Am Infopoint treten die Jugendlichen in einem kooperativen Gruppenspiel gegeneinander an. Der Clou des Spiels: Das Team hat die Struktur und den Spielablauf eines bekannten Gruppenspiels so geändert, dass verschiedene Fragen rund um die Freizeitgestaltung von der Gruppe beantwortet werden müssen. Die Fragen können als neue Spielstationen oder Teil eines Spielzuges eingebaut werden. Die inhaltlichen Ergebnisse der Kleingruppen werden am Spielende in einer kurzen Präsentation miteinander verglichen und gemeinsam abgestimmt. Diese Art des „Brainstormings in Bewegung“ ergänzt die Ergebnisse des Fotoshootings um eine neue Perspektive.

Alle Ergebnisse und Veränderungsvorschläge werden auf der Abschlusspräsentation den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie eingeladenen Erwachsenen von den Jugendlichen selbst präsentiert und kurz diskutiert. Alle Anwesenden werden auf die bevorstehenden Vertragsverhandlungen hingewiesen und der weitere Prozessverlauf wird erläutert.

2. Bestandsbewertung:

Vorbereitung der Vertragsverhandlungen: Jugendberatung und Ratsinformation

In der Bestandsbewertung überprüfen die jeweiligen Verhandlungsseiten die Ergebnisse der Bestandsaufnahme und versichern sich der Unterstützung ihrer Gruppen (Jugendliche bzw. Gemeinde- oder Stadtrat). Für die Vertragsverhandlungen benennen sie Delegierte und legen den inhaltlichen Rahmen und die Kompromisslinien fest.

2a. Jugendberatung

Dauer: ein oder zwei Abende

Die Jugendlichen überprüfen ihre Veränderungsvorschläge der Bestandsaufnahme. Sie destillieren konkrete Projektideen, welche sie mit möglichen Argumenten untermauern. Soll bei der späteren Vertragsverhandlung ein für die Jugendlichen gutes Ergebnis erzielt werden, ist es notwendig, eigene stützende Argumente zu finden, mögliche Gegenargumente zu entkräften und sich eine Kompromisslinie zu überlegen. Daher üben die Jugendlichen die späteren Verhandlungsrunden in Paar- und Grupsituation. Abschließend wird festgelegt, wer welches Verhandlungsthema in den Verhandlungsrunden als Delegierte vertritt. Die pädagogische Fachkraft unterstützt die Jugendlichen in diesem Prozess.

2b. Ratsinformation:

Dauer: ein TOP auf der nächsten Gemeinderatssitzung

Von gleicher Wichtigkeit wie die Vorbereitung der Jugendlichen ist die Vorbereitung des Gemeinderates auf die Vertragsverhandlungen durch die pädagogische Fachkraft. Der Gemeinderat sollte der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister und den an der Verhandlung teilnehmenden Ratsmitgliedern eine Handlungsvollmacht geben, um die Reichweite der möglichen Verhandlungsergebnisse zu klären. Die pädagogische Fachkraft vertritt als Stellvertreterin/Stellvertreter die jugendlichen Interessen in der Vorbereitung, ohne jedoch die konkrete Argumentation oder die Kompromisslinie vorwegzunehmen. Sollen Jugendliche an dieser Sitzung teilnehmen, muss dies mit allen Beteiligten vorher abgesprochen sein. Die Festlegung der Handlungsvollmacht sollte dann allerdings in nicht-öffentlicher Sitzung erfolgen.



3. Vertragsverhandlungen: Das Jugendforum

Dauer: ein Abend

Das Jugendforum ist das Kernstück des Verfahrens. Hier stehen sich Jugendliche und Gemeindevertreter gegenüber, um die bewerteten Ergebnisse der Bestandsaufnahme zu besprechen und in realisierbare Projekte und Vorhaben zu überführen.

An einem zentralen öffentlichen Ort der Gemeinde treffen sich die Jugendlichen mit der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister und dem Gemeinderat. Die Öffentlichkeit ist eingeladen. In einzelnen Verhandlungsrunden unter Moderation der pädagogischen Fachkraft und direkter Visualisierung der Ergebnisse werden die Vorschläge der Jugendlichen verhandelt. Es empfiehlt sich, zuerst die Jugendlichen in jeder Verhandlungsrunde ihre Vorstellungen vortragen zu lassen, anschließend offene Fragen zu erörtern und dann in die Argumentation auf dem Podium einzusteigen. Nach einer gewissen Zeit kann die Moderation auch Fragen aus dem Publikum zulassen, in dem die anderen Jugendlichen, die Ratsmitglieder und die Öffentlichkeit sitzen. Die Jugendlichen können also auch aus der zweiten Reihe heraus mit Argumenten ihre Vertreterinnen/Vertreter auf dem Podium unterstützen. Jede Verhandlungsrunde wird mit der Anerkennung der gemeinsam erzielten Ergebnisse durch beide Vertragsseiten beendet. Nach Abschluss aller Verhandlungsrunden wird der Vertrag mit allen Verabredungen ausgedruckt und von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Verhandlungsrunden unterschrieben. Ein gemeinsames Gruppenfoto kann den Moment der Unterzeichnung besiegeln. Erfahrungsgemäß stärkt eine große Öffentlichkeit die Verbindlichkeit der Ergebnisse und trägt zur Realisierung der Vorhabens bei, da sie das öffentliche Interesse signalisiert.

4. Umsetzungsphase einzelner Vorhaben und Projekte

Die Jugendlichen sollen Anerkennung für ihr Engagement erhalten, einzelne Vorhaben und Projekte noch im direkten Verfahren realisieren und den Gesamtprozess reflektieren können.

4a. Planung der identifizierten Vorhaben: Die Planungswerkstatt

Dauer: ein oder zwei Nachmittage oder Abende – je nach Gegenstand und Verabredung mit den Jugendlichen

Mit dem Vertrag in der Tasche beginnen die Jugendlichen jetzt in Begleitung der pädagogischen Fachkraft, ihre konkreten Vorstellungen für eine spätere Umsetzung der Projekte und Vorhaben zu diskutieren. Sie klären das Ziel, beschreiben den Umfang, erstellen Gestaltungspläne, loten Finanzierungsmöglichkeiten aus, planen den Veranstaltungs- oder Bauablauf, suchen nach Verbündeten und versuchen, Problemstellungen zu erkennen. Je nach Art und Auftrag der Verhandlungsergebnisse nimmt dieser Prozess mehr oder weniger Zeit in Anspruch, benötigt Absprachen mit der Gemeinde und verlangt nach Expertinnen und Experten und weiteren Informationen. In vielen Gemeinden ist es nötig, die Projekte nach Prioritäten zu ordnen, um zu klären, welches Vorhaben im Projektverlauf abgearbeitet werden kann und welches später eines eigenständigen Verfahrens in Verantwortung der Gemeinde bedarf.

Die Ergebnisse werden der Gemeinde präsentiert, mit der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister und dem Gemeinderat besprochen und auf eine Realisierung hin überprüft, und wenn nötig, überarbeitet. Bevor es schließlich zur Umsetzung der Vorhaben geht, steht in vielen Fällen noch ein Beschluss des Gemeinderates an.

4b. Realisierung einzelner Vorhaben und Projekte

Dauer: abhängig von Art und Umfang des Vorhabens oder Projektes

Sind alle Beschlüsse getroffen, alle Genehmigungen eingeholt, die Finanzierung gesichert und alle Unterstützerinnen und Unterstützer motiviert, kann mit der Umsetzung des Vorhabens begonnen werden. Egal ob es sich dabei um eine kulturelle Veranstaltung, ein politisches Gespräch oder eine Baumaßnahme handelt, wichtig ist es, das Ziel mit den Jugendlichen gemeinsam anzugehen und abzuschließen. Für jedes Vorhaben muss die Zusammenarbeit von Gemeinde, Jugendlichen, Unterstützenden und eventuell beauftragten Firmen bzw. eingeladenen Gästen in enger Absprache gestaltet werden. Verzögerungen oder auch ein Scheitern des Vorhabens müssen gemeinsam besprochen und geklärt werden. Die positive Erfahrung, die alle Engagierten aus einem gemeinsam abgeschlossenen Projekt mitnehmen, ist der Lohn für die investierte Zeit und die Mühen.



3. Kommunale Projektergebnisse – gelungene Umsetzungsbeispiele

Die abgeschlossenen Verfahren zeigen: Haben Jugendliche die Möglichkeit, ihre Themen und Interessen in einem kommunalen Beteiligungsprojekt einzubringen, kommen oft die Attraktivität und Anerkennung ihrer Treffpunkte, die Mobilitätshindernisse im ländlichen Raum und die mangelnden bzw. unangemessenen Freizeitmöglichkeiten zur Sprache. Zudem stellen sich mancherorts Fragen der Konfliktlösung und des Interessenausgleichs verschiedener Gruppen. Wir wollen hier einige der erzielten Projektergebnisse in den vier teilnehmenden Gemeinden beispielhaft vorstellen:

Die Schaffung von Freizeitflächen und Treffpunkten stand in allen Gemeinden an erster Stelle der jugendlichen Prioritäten.

In einer Gemeinde nahe der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt wurde gerade der Rohbau des neuen Jugendhauses fertiggestellt, als die Jugendlichen in der Bestandsaufnahme von **Zukunft – nur mit uns!** formulierten, dass sie sich eine verstärkte Einbindung in die Planung und Herstellung der Inneneinrichtung und Außengestaltung des neuen Jugendhauses wünschten sowie eine multifunktionale Freifläche am Ortsrand für Außenaktivitäten ersehnten. Auf Vorschlag der Gemeinde vereinbarten die Jugendlichen und der Bürgermeister regelmäßige Begehungen mit dem Architekten im Jugendhaus zur Vorbereitung der weiteren Arbeiten, und auf dem Jugendforum fixierten beide Seiten im Vertrag die Suche nach geeigneten Flächen für ein Freizeitgelände. Noch während des Projektes wurde eine Fläche nahe des existierenden Sportgeländes ge-

funden und mit dem Eigentümer wurden erste Gespräche geführt. Die Planungen der Jugendlichen sahen für die Grünfläche einen Treffpunkt und für die Parkplatzfläche des Sportgeländes eine befestigte Fläche zum Skaten vor. Leider mussten die weiteren Planungen zwischenzeitlich aufgeschoben werden, da in unmittelbarer Umgebung auch eine neue Sporthalle geplant ist. Das Jugendhaus wurde kurz danach eröffnet und hat sich bis heute zum zentralen Treffpunkt entwickelt.

In einer kleineren Gemeinde in Rheinhessen kristallisierte sich der Bau einer Grillhütte am Ortsrand zur Schaffung eines neuen Treffpunktes als erste Priorität heraus. Die Suche nach einem geeigneten Grundstück, nach brauchbaren Bauanleitungen für eine Grill- und Aufenthaltshütte und angemessenen Regeln zur späteren Nutzung der Hütte erfolgte in der Umsetzungsphase des Beteiligungsprojektes. Die Genehmigungsplanung und die Errichtung wurden für die Zeit nach dem Projekt mit den Jugendlichen, der Gemeinde und den örtlichen erwachsenen Ehrenamtlichen vereinbart. Die Nutzung der Grillhütte soll zukünftig grundsätzlich den Jugendlichen offenstehen und durch Reservierung auch für private Feste und Vereine am Wochenende gewährleistet sein. Inzwischen steht das in „Begegnungshütte“ umbenannte Vorhaben kurz vor der Einweihung.

In einer dritten Gemeinde schlossen Bürgermeister und Jugendliche einen Vertrag über die Umgestaltung der kommunalen Bücherei zu einem Jugendcafé mit Büchereiangebot. In mehreren Planungstreffen wurden die Gestaltung des Raumes, die Inneneinrichtung, das Angebot, die Öffnungszeiten und ein Regelwerk erarbeitet. Gemeinsam mit zwei ehrenamtlichen Erwachsenen organisieren die Jugendlichen seitdem den Betrieb des Jugendcafés, den Verleih der Bücher und Medien, zeigen im Kinderkino geeignete Filme für die Kleinsten oder veranstalten Vorlese-Abende.

In einem Projekt nach Abschluss der Modellphase machten sich die Jugendlichen einer Gemeinde nach der Bestandsbewertung auf den Weg, ihre Konflikte mit Anwohnern selbst zu klären. Mit einer selbstentworfenen Einladung luden sie die Anwohner und die Kommunalpolitik zu einem Klärungsgespräch. In diesem Gespräch führte die



Die Jugendlichen auf der Suche nach einem geeigneten Ort für den Bau einer Grillhütte.



248	Burg Layen Schloßgut	6.53		
	Münster Sarnsheim Günster Süd	7.0		
	Bin Büdesheim RochusRealschule			
240	Bad Kreuznach Bahnhof	7.22		
02	248 Bingen Schulzentrum	7.22	17.56	240
	Bingen Stadt (Bf)	7.25		
25	240 Stromberg Schule	7.37	18.48	231
				Burg Layen Münster S Bingen
46	240 Schweppenhausen Schule	7.51		
55	248 Hargesheim Alfred Delp Schule	8.11	6.56	240
				Langenfi Bad K
8	231 Burg Layen Schloßgut	8.06	8.04	231
	Münster Sarnsheim Kirche	8.15		
	Bingen Stadt (Bf)	8.23		
	240 Langenlorenshelm Verbandsgemeinde	8.55	10.04	231
	Bad Kreuznach Bahnhof	9.10		
	Burg Layen Schloßgut	9.06		
	Münster Sarnsheim Kirche	9.15		
	ngen Stadt (Bf)	9.23	12.04	
	ng Schloßgut	10.10		
	ng heim Kirche	10.19		

Die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs war den Jugendlichen ein großes Anliegen.

gegenseitige Anerkennung ihrer Probleme zu einer neuen politischen Entwicklung: der gemeinsamen Suche und Einrichtung eines neuen Jugendtreffs durch Jugendliche und Gemeinde.

An zweiter Stelle der Prioritäten stand die Frage nach der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

In allen teilnehmenden Gemeinden war dieses Thema Bestandteil der Vertragsverhandlungen auf dem Jugendforum. Jedoch entschlossen sich nur die Jugendlichen einer Gemeinde, innerhalb der Umsetzungsphase des Beteiligungsprojektes einen Versuch der Verbesserung zu unternehmen.

Dem Wunsch nach besseren Verbindungen in die zentralen Orte steht die Erfahrung der Gemeinderäte gegenüber, aufgrund geringer Auslastung keine kurzfristige Verbesserung erreichen zu können.

Die teilnehmenden Jugendlichen entschlossen sich daher, eine Umfrage in ihrer Gemeinde und dem Nachbarort, welcher von derselben Buslinie bedient wird, durchzuführen. Sie entwarfen einen Fragebogen, organisierten die Verteilung und den Rücklauf, gingen teilweise von Haus zu Haus und werteten die Ergebnisse aus. Dieses Ergebnis nahmen sie als Grundlage für ein öffentliches Gespräch mit dem Omnibusbetrieb, der die regionalen Linien betreibt. Gemeinsam mit dem Bürgermeister wurden der Geschäftsführer und ein Mitarbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit empfangen. Die Umfrageergebnisse der Jugendlichen wurden anerkennend entgegengenommen und besprochen. Eine konkrete Änderung oder Verbesserung der Linien wollte der Betreiber nicht zusagen, eine Prüfung für die kommenden Fahrplanwechsel stellte er jedoch in Aussicht. Das Ergebnis konnte für die Jugendlichen nicht zufriedenstellend sein, es entsprach aber den zuvor in der Planungsphase besprochenen Er-

wartungen der Jugendlichen. Leider zählt der ÖPNV aufgrund seiner Finanzstruktur zu den hartnäckigen Themen. Auch in der vorgestellten Gemeinde konnten keine wesentlichen Mehrleistungen, eher Anpassungen der Fahrzeiten erreicht werden.

Qualifizierung eines Jugendforums

In der kontinuierlichen Gremienarbeit in Jugendparlamenten und -vertretungen ist es für Jugendliche von zentraler Bedeutung, an konkreten Inhalten und Zielen arbeiten zu können. Die Erfahrung der Jugendvertretung einer Verbandsgemeinde im Kreis Bad Kreuznach zeigt, dass der projektorientierte Ansatz einen wichtigen Beitrag zur kontinuierlichen Arbeit von Jugendgremien darstellt.

Das Qualifizierungsprojekt für eine Jugendvertretung verfolgt andere Ziele und Inhalte als ein offenes Projekt in einer Ortsgemeinde. Die räumliche Betrachtung einer Gemeinde weicht dem Interesse einer bereits existierenden, festen Gruppe von Jugendlichen, eigene Projekte zu initiieren und weitere Mitglieder für ihre Arbeit zu rekrutieren. Die Methoden der Bestandsaufnahme am Jugendaktionstag wurden auf eine Evaluation der bisherigen Arbeit der Jugendvertretung und auf eine Analyse der Bedürfnisse und Kompetenzen bei der Arbeit im Jugendforum ausgerichtet.

Zwei Problemfelder wurden im Projektverlauf behandelt und mit dem Bürgermeister und Verbandsgemeinderat beschlossen: Eine Satzung als Grundlage für die Rechte und Pflichten des Jugendforums wurde erarbeitet und eine Kulturveranstaltung zur Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung wurde durchgeführt.

Der von den Jugendlichen erarbeitete Satzungsentwurf wurde in mehreren Gesprächsrunden mit Vertretern der Kommunalpolitik diskutiert und angepasst. In einer Sitzung des Verbandsgemeinderates wurde die Satzung schließlich verabschiedet. Für die Kulturveranstaltung in Form einer „Beachparty“ im Schwimmbad entwickelten die Jugendlichen ein Veranstaltungs- und Finanzierungskonzept, entwarfen Werbeflyer und Plakate, gestalteten das Schwimmbad und führten die Veranstaltung erfolgreich durch.

4. Checkliste – Anregungen für gelingende Jugendbeteiligungsprojekte mit Zukunft – nur mit uns!

Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und soll der Orientierung bei der Vorbereitung und Durchführung von Beteiligungsverfahren dienen.

Öffentlichkeitsarbeit

Alle Partizipationsprojekte sind auf vielfältige Weise von der Unterstützung der Öffentlichkeit sowie der beteiligten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen abhängig. Daher erscheint es sinnvoll, sich in allen Phasen von Beteiligungsprojekten mit folgenden Aspekten zu befassen:

- Klärung der Form und der Gestaltung von Einladungen, Zuständigkeiten für Gestaltung, Vervielfältigung und Verteilung der Ausschreibungen.
- Erreichen der Zielgruppe durch Veröffentlichung in der Presse und das persönliche Verteilen von Handzetteln erhöhen.
- Pressearbeit abstimmen und Verantwortlichkeit bzw. Fokus der Berichterstattung klären.

Vorbereitung des Projektes

Eine gute Vorbereitung von Beteiligungsprojekten hilft Fragen und Konflikte in der Durchführung zu vermeiden. Wir möchten allen Verantwortlichen daher ans Herz legen, sich mit folgenden Dingen zu beschäftigen:

- Die Information und Integration aller Fraktionen eines Rates und ein Gemeinderatsbeschluss über die beabsichtigte Maßnahme, gegebenenfalls mit Kosten- und Finanzierungsrahmen, stellen die grundsätzliche politische Unterstützung sicher.
- Mit den Verantwortlichen und den Aktiven im Prozess sollten bestehende Konflikte in der Gemeinde benannt und bereits vorhandene Ideen und Vorhaben abgestimmt werden. Sie werden erfahrungsgemäß im Projektverlauf auftreten.
- Die Abstimmung eines Ablauf- und Terminplanes mit allen Aktiven und die Klärung von Verantwortlichkeiten erleichtern die Zusammenarbeit.

Bestandsaufnahme

Die teilnehmenden Jugendlichen haben in der Bestandsaufnahme die Möglichkeit, ihre Lebensumwelt und ihre Freizeitmöglichkeiten zu überprüfen bzw. zu bewerten. Die Qualität der Ergebnisse hängt dabei maßgeblich von den Fragestellungen und den eingesetzten Methoden ab. Es wird daher von Nutzen sein, folgende Hinweise zu beachten:

- Der Entwurf eines detaillierten Programmablaufs mit Berücksichtigung der persönlichen und zeitlichen Ressourcen der örtlichen Akteure hilft, einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

■ Die Vorbereitung klarer Handlungsanleitungen für die Kleingruppen und ihre Begleitpersonen vermeidet Probleme während der Durchführung.

■ Material muss in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen bzw. geliehen werden: Digitalkameras, Schreib- und Zeichenutensilien, Spielmaterial, Computer, Drucker, Videobeamer oder Overheadprojektor.

■ Die Klärung der Zuständigkeit für die Begrüßung und Moderation schafft Verbindlichkeit im Ablauf und bietet Bezugspersonen für die Jugendlichen.

Bestandsbewertung und Beratung

Die Bestandsbewertungen der Jugendlichen bzw. des Gemeinderates bereiten die Verhandlungspartner auf die Vertragsverhandlungen im Jugendforum vor. Ein einvernehmliches Ergebnis der Verhandlungen wird durch das größtmögliche gegenseitige Verständnis gefördert.

Jugend

Mit den Jugendlichen sollten vorrangig folgende Tipps berücksichtigt werden:

■ Die Verhandlung der Vorschläge aus der Bestandsaufnahme sollte in Kleingruppen erfolgen und eine Priorität des Vorhabens festlegen.

■ Für jeden Einzelvorschlag werden Lösungen und deren Prioritäten erarbeitet, Argumente und Kompromisse gefunden und mit allen abgestimmt.

■ Die Unterstützung der von der Gesamtgruppe bestimmten Delegierten in den späteren Verhandlungsrunden wird vorbereitet.

■ Die Erwartungen der Jugendlichen sollten geklärt werden, um Enttäuschungen aufzufangen.



Gemeinderat

In einer Gemeinderatssitzung verständigen sich die Mitglieder auf eine Verhandlungsposition für die einzelnen Verhandlungsthemen.

- Die Bürgermeisterin/der Bürgermeister oder die pädagogische Fachkraft stellen die Ergebnisse aus dem Prozess heraus dar, um die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisentstehung zu stärken und ein Verständnis für die jugendlichen Ziele zu wecken.
- Hilfreich wird es sein, Wirkungen der Vorschläge zu benennen, die über das Jugendalter hinausreichen, weil sie z.B. generationenübergreifend sind oder dabei helfen, Konflikte zu lösen.
- Widersprüchen und Konflikten in den Vorschlägen der Jugendlichen sollte man mit Kompromisslösungen begegnen.
- Aus dem Gemeinderat heraus müssen Delegierte festgelegt und mit Handlungsvollmacht für die Verhandlungen ausgestattet werden.

Jugendforum

Die Delegierten der Jugendlichen und der Gemeinde treffen in einzelnen Verhandlungsrunden aufeinander und handeln ihre Themen aus. Wichtig ist hier die Aushandlung eines zukunftsorientierten und realisierungsfähigen Ergebnisses. Gleichzeitig sollte die Grundlage für die spätere Kooperation zwischen Gemeinde und Jugendlichen gelegt werden.

- Nach der Begrüßung klärt die Moderation über den Ablauf und die Regeln der Verhandlungen auf.
- Eine direkte Visualisierung der Verhandlungsergebnisse per Wandzeitung oder Beamer dient der besseren Verständlichkeit und der Einbindung der anwesenden Jugendlichen und Erwachsenen.
- Jede Verhandlungsrunde wird mit einem klaren Ergebnis abgeschlossen, welches die Ziele, Maßnahmen, nächsten Schritte und Verantwortlichkeiten beschreibt.
- Nach Beendigung aller Verhandlungsrunden wird ein Vertrag (Ausdruck der Visualisierung oder Wandzeitung) mit allen Ergebnissen vorgelegt und unterzeichnet.
- Nach dem offiziellen Ende sollten die konkreten Schritte der nächsten Tage und Wochen zwischen Gemeinde und Jugendlichen abgesprochen werden. Die Wiedervorlage bzw. die verabredeten Fristen müssen für alle überprüfbar sein.





Planungswerkstatt

Die Transformation der Ideen und Ziele in realisierbare Formen und Schritte geschieht in der Planungswerkstatt.

- Die Jugendlichen übersetzen die Verhandlungsergebnisse der Vorhaben und Einzelprojekte in konkrete Einzelschritte und besprechen ihre möglichen Eigenleistungen mit Unterstützung der pädagogischen Fachkraft.
- Die nötige Unterstützung der Gemeinde und anderer Gruppen vor Ort muss besprochen und ein detaillierter Ablauf- und Terminplan mit Meilensteinen sollte festgelegt werden. Mit Unterstützung der pädagogischen Fachkraft müssen Vorhaben und Projekte, die eigenverantwortlich von den Jugendlichen umgesetzt werden können, zur Absprache mit dem Gemeinderat vorbereitet werden.
- Eine Entscheidung darüber, welche Ziele zeitnah als konkretes Projektergebnis umgesetzt werden können und welche ein eigenes Verfahren nach sich ziehen, muss getroffen werden.
- Auf einer Präsentation müssen die Ergebnisse mit der Gemeinde besprochen und Absprachen für die gemeinsame Realisierung geschaffen werden.

Umsetzung

Ein Ziel des Vertrages wird zeitnah realisiert. Die Kooperation zwischen Jugendlichen und Gemeinde findet ihre Umsetzung.

- Im Projektverlauf können meist nur kurzfristig realisierbare Ziele umgesetzt werden – die Weiterbearbeitung langfristiger Ziele geht in die Verantwortung der Gemeinde über und sollte in ihrer Umsetzung durch die Jugendlichen bzw. ihre erwachsenen Unterstützerinnen und Unterstützer überprüfbar sein.
- Auch bei eigenverantwortlich umgesetzten Vorhaben durch Jugendliche sollte die Gemeinde auf eine kooperative Unterstützung achten.
- Auch bei Fremdvergabe von Leistungen sollte auf eine ausreichende Eigenleistung der Jugendlichen geachtet werden.
- Regeln und Nutzungen von Geräten und Einrichtungen werden im Prozess mit den Jugendlichen besprochen und festgelegt.
- Eine Eröffnung oder Einweihung gibt den Jugendlichen Anerkennung für ihre Leistungen.

MBWJK & MUFV Rheinland-Pfalz: Spielleitplanung – ein Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde, Mainz 2004

MBWJK Rheinland-Pfalz (Hrsg.) & BDP: Mädchenträume + Jugendträume – Zukunfts(t)räume, Umsetzung von Gender Mainstreaming in Beteiligungsprojekten, 2006

MBWJK Rheinland-Pfalz (Hrsg.) & BDP: Kinderbeteiligung im ländlichen Raum – ein Methodenbausteinsystem, MWBJK Rheinland-Pfalz, 2008

Zwei Links für weitere Informationen:

www.net-part.rlp.de

www.spielleitplanung.de





Ansprechpartner für Projekte:

Bund Deutscher PfadfinderInnen – Landesverband Rheinland-Pfalz
Mobile Arbeit, Roland Grammes
Windesheimerstraße 2
55444 Waldlaubersheim
E-Mail: landesbuero@bdp-rlp.de

Finanzielle und fachliche Förderung:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz
Leitstelle Partizipation
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
E-Mail: lucia.stanko@mbwjk.rlp.de

Kooperationspartner:

Kreisverwaltung Bad Kreuznach
Jugendpflege
Salinenstraße 47
55543 Bad Kreuznach
E-Mail: lothar.zischke@kreis-badkreuznach.de

Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Jugendpflege
Georg-Rückert-Str. 11
55218 Ingelheim
E-Mail: stephan.pulter@mainz-bingen.de

Jens Voll
Mainzer Str. 13
55411 Bingen
E-Mail: jens.voll@bildungundbeteiligung.de



Herausgegeben vom
Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur,
Leitstelle Partizipation
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Bund Deutscher PfadfinderInnen
Landesverband Rheinland-Pfalz

